



Fliegende Funken, kalte Duschen. Ein Jahr nach dem „Unibrand“

von Florian Naumann



Manchmal beweist sich so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit durch das Flackern von Ideen über nationale Tellerländer hinweg: Am 22. Oktober 2009 besetzten einige Wiener StudentInnen das Audimax ihrer Universität. „Uni brennt“ war das leicht subversiv klingende Motto der österreichischen Protestierenden. Zwei Wochen später „brannten“ auch deutsche Hochschulen, zumindest ein paar Wochen lang. 2010 wachsen die Bäume aus der Asche, aber noch nicht in den Himmel. Ein paar zarte Pflänzchen sprießen. Dort, wo die Bildungsinstitutionen ohnehin willens waren zu handeln. Anlass zu zündeln gäbe es noch genug – aber Mut ist nun ein wenig knapp.

Was genau im Spätherbst 2009 an den europäischen Universitäten geschah, dürfte wissenschaftlich noch kaum ergründet sein. Aber, ohne sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen: Es dürfte hier die ganze Topographie eines modernen demokratischen Protests verborgen sein. Mit etwas bösem Willen und leichter Resignation könnte man auch vermuten: die Möglichkeiten, vor allem aber Grenzen des Mediums „Protest“. Vom Lauffeuer einer Inspiration, die sich für ihre Verbreitung erfolgreich die geringen Widerstände der DSL-Kabel gesucht hat, bis zur Kollision mit eingefahrenen Denkparadigmen. Und dem Verebben und Zerschellen an jener Ressourcen, die die politischen Institutionen scheinbar unbegrenzt besitzen: Zeit und Geduld.

Die Erfolgs- und Schlüsselerlebnisse einer neuen Bewegung finden sich zumeist in ihren ersten Tagen. Hier: im Zünden und Weitertragen der Idee. Unzufriedenheit mit der Studiensituation, mit Unterfinanzierung, Überbelegung, auch mit den ersten Erfahrungen der Bachelor-Reform gab es in Deutschland, aber auch im

europäischen Ausland schließlich schon länger. Außer vereinzelt Unmutsäußerungen (etwa mittels mehr oder minder großer Demonstrationen im Juni 2009) zeigte sich aber keine Bewegung unter den Unzufriedenen. Bis... in jenem Herbst die Nachricht über den Wiener Protest die Hochschulen erreichte.

Feuer braucht Funken.

Warum in diesem Moment in Deutschland mehr als nur einige angemeldete Solidaritätsdemonstrationen stattfanden, ist nicht eindeutig zu erklären. Eine Hypothese wäre jedoch, dass Inhalt und Format des österreichischen Protests den schmalen, eigeninitiiert engagierten Kern der politisch aktiven Studierenden auch in Deutschland ansprach, begeisterte. - Jede Protestbewegung beginnt mit der Aktivierung engagierter Einzelner. Mit MultiplikatorInnen und einer Idee, die Euphorie und Einsatzwillen freisetzt.

Dieser österreichische Protest nun weckte mehr Feuer und Initiative als der üblicherweise vorherrschende common ground der geldbeutelgeleiteten Studiengebührenkritik (Studiengebühren waren in Österreich bereits zuvor einem Parlamentswahlkampf zum Opfer gefallen). Im ersten Paragraphen ihrer Erklärung kritisierten die Wiener UnibesetzerInnen den fundamentalen Ansatzpunkt moderner Hochschulpolitik: Diese betrachte Studierende als wirtschaftlich zu verwertendes „Humankapital“ und ersetze „Bildung“, die Befähigung zu kritischem und eigenverantwortlichem Denken, durch „Ausbildung“. Erziehe also Menschen zu AufgabenerfüllerInnen für einen Wirtschaftsapparat, nicht zu eigenständigen Individuen. Eine scharfe Bemerkung, die bis auf die Grundfesten unseres Gesellschaftsaufbaus zielt. Eine Kritik von einer Tiefe, die im täglichen Diskurs- und Medienrauschen ganz undenkbar scheint.. Und dennoch – erst zögerlich, dann schneller, Zustimmung in den Medien der Alpenrepublik fand.

Vom Erfolg im kleinen Kreis...

Die Beobachtung schien also scharfsinnig und pointiert, die Kritik wichtig, die Zeichen der Zeit günstig. Binnen weniger Tage waren erste deutsche Universitäten besetzt; Darmstadt, Heidelberg, Münster, München. Täglich folgten weitere Erfolgsmeldungen. Es war die Zeit der Euphorie: Ohne Hilfe öffentlicher Institutionen hatten sich offene und öffentlichkeitswirksame Foren in den Hörsälen gebildet. Das Medienecho schien überwiegend positiv, wenn auch nicht sehr tiefgründig, und zumindest dort, wo große Hörsäle besetzt waren, konnten die Universitäten die Vorgänge nicht ignorieren. Die lokalen Gruppen waren im Wachsen begriffen, und die (zumeist online ablaufende) Vernetzung zwischen den Städten und Ländern funktionierte zumindest im Groben. Hierin bestand die große positive Erfahrung der Proteste: Auch kleine kritische Gruppen sind handlungsfähig. Sie können sich selbst als Gleichberechtigte organisieren – und Beachtung finden.

Ohne auf empirisch belastbare Zahlen verweisen zu können: Den Nachrichten jener Tage nach zu urteilen, fanden die jeweiligen BesetzerInnengruppen schnell zu Programmen, Forderungskatalogen und Inhalten. Meist (etwa an der LMU München, in Heidelberg, Münster oder Kiel) folgten sie dem mutigen Entwurf der Wiener VorreiterInnen. Gefordert wurde ein neues, menschenzentriertes Bildungsideal, samt wirksamer demokratischer Mitbestimmung der Studierenden. Selbstbestimmung anstelle des Wirtschaftsdogmas von der schnellen Ausbildung. Verknüpft wurden oft Forderungen nach einem sozial offeneren Bildungssystem, Reformen an den Schulen, einer umfassenden finanziellen Förderung aller Lernenden. Manchmal, etwa an der bayerischen FH Weihenstephan, blieb es auch bei pragmatischer Bologna-Kritik rund um überfrachtete Lehrpläne und Prüfungsbelastung. So oder so: Die relative Einfachheit der Verhandlungen jener ersten Tage sprach für die Homogenität der jeweiligen BesetzerInnengruppen. Die ersten, ohnehin politisch

vorgeprägten und sozialisierten Aktiven also. Ein erleichternder Faktor, der – gewünschter und konsequenterweise – schnell verschwand.

... zur Ratlosigkeit vor dem Hamsterrad.

Denn mit der Besetzung prominenter und zentraler Orte an den Universitäten und Hochschulen gerieten die Proteste ins Bewusstsein, aber auch in den Tages- und Studienablauf vieler sonst eher passiver Gruppen. Oft trafen die Besetzungen der großen Hörsäle in erster Linie die studentInnenreichen Studiengänge. Meist Wirtschaftswissenschaften, Ingenieursstudiengänge oder Jura. Hinzu kamen die beginnenden Verhandlungen mit Universitätsleitungen. Im größeren Kontext wurde die Diskussion im besten Falle „kontroverser“, der Fortschritt zäh. Gerade dort, wo Kritik mehr als handwerkliche Kleinigkeiten ins Visier nahm und der initiiierende Funke versprüht worden war.

Schnell sank da das Verständnis der von Raumverlegungen und Vorlesungsausfällen Geplagten für nicht an „Effizienz“, sondern an basisdemokratischen Idealen ausgerichtete Entscheidungsprozeduren, und für Forderungen, die im Audimax zwar ihr Sprachrohr, aber nicht ihre VerhandlungspartnerInnen finden konnten. Für Ideale und Kritik blieb keine Zeit, denn der Druck des Studiums, das „stahlharte Gehäuse“ der Ausbildungs-Bürokratie, ließen für die Eingespannten und Gehetzten keinen Ausbruch zu. Ein bitteres Paradoxon: Just die von den Protestierenden kritisierten Umstände ließen viele Beobachtende und Betroffene die Geduld mit den KritikerInnen verlieren. Die Maschinerie wartet nicht. Aus ihr herauszufallen ist aber in ihrer Eigenlogik die größte Gefahr.

Dennoch schienen sich Achtungserfolge zu zeigen: Bundesbildungsministerin Annette Schavan versprach eine BAföG-Erhöhung, hier und dort entstanden runde Tische unter Beteiligung von StudierendenvertreterInnen. Mit den (wenngleich überschaubaren) Zugeständnissen

wuchs aber zugleich der raffinierte Druck seitens Institutionen, ausgesperrter MitstudentInnen und Unileitungen, scheinbar „pragmatische“ Kompromisse einzugehen – was heißen sollte, sich mit der Einsetzung von ergebnisoffenen Evaluationskommissionen, Folgeverhandlungen und Lehrplankürzungen zufrieden zu geben. Und dafür idealistische Kernanliegen fallen zu lassen. Für Forderungen nach einem „studium generale“ oder einer freieren Studiumsplanung fand sich gar nicht erst ein AnsprechpartnerIn. Und da war auch die begrenzte Aufmerksamkeitsspanne und Geduld der Medien bereits an ihre Grenzen gestoßen.

In diese Zeit fielen zugleich öffentlichkeitswirksame Störfeuer wie ärgerliche Vandalismen an der Uni Frankfurt. Oder die in den großen deutschen Tageszeitungen abgedruckten Kommentare des Münchener Soziologieprofessors Armin Nassehi – der da meinte, die Studierenden verfehlten mit ihrer an einer Wirtschaftszentrierung festgemachten Kritik den Charakter der Bologna-Reform: Diese trage doch eher planwirtschaftliche Züge. Tatsächlich verwechselte Nassehi dabei nicht nur Mittel und Intentionen der Reform, sondern verpasste (kalkuliert oder unbewusst) den Protestierenden und ihren Hauptforderungen auch (zu Unrecht) das noch heute mächtige „KommunistInnen-Stigma“. Währenddessen dünnten interne Konflikte, sich ergebnislos hinziehende Besetzungswochen und das nahende Weihnachtsfest langsam die BesetzerInnenreihen aus – spätestens zum Jahreswechsel waren die Hörsäle beinahe überall geräumt. Meist freiwillig. Manchmal durch die Polizei. Im Januar erhoben sich kaum noch neue Aktivitäten.

Türen können eingerannt werden – wenn sie offen sind.

Mehrere Monate nach den Besetzungen des Wintersemester 2009/10 bietet sich der Betrachterin und dem Betrachter ein zwiespältiges Panorama: Wo sich Verbesserungen eingestellt haben,

blieben sie im überschaubaren Rahmen. So erließ etwa der Freistaat Bayern im Juni 2010 neue Leitlinien für seine Hochschulen und empfahl gelockerte Anwesenheitspflichten, eine Eindämmung der Prüfungsflut und Einschränkung der überfrachteten Lehrpläne, einen freieren Umgang mit der Semesteranzahl von Bachelor- und Masterstudiengängen, und das alles unter wohlwollender Zustimmung der UniversitätsvertreterInnen. Die hatten ohnehin (nicht zu Unrecht) den Eindruck, durch strikte Prüfungs- und Inhaltsvorgaben gegängelt und in den eigenen Gestaltungsspielräumen eingeschränkt worden zu sein.

Ein zu Besetzungszeiten angekündigter bundesweiter Gipfel blieb aber ohne greifbare und festgeschriebene Resultate – die VertreterInnen des Bildungstreikbündnisses verließen die Veranstaltung vorzeitig. Denn dort, wo wichtige Kritikpunkte der BesetzerInnen lagen, zeigten sich die Hochschulen, die Landes- und Bundespolitik wenig gesprächsbereit: Sich nun statt von der Politik von Studierenden hineinreden zu lassen, daran hatten die HochschulvertreterInnen kein Interesse – stattdessen sitzen weiterhin WirtschaftsvertreterInnen in den Hochschulräten. Und gar zu utopisch erschien den EntscheidungsträgerInnen der Forderungskatalog dort, wo die Finanzen angetastet werden sollten: Die Garantie von Masterstudienplätzen für Bachelorstudierende oder eine ernsthafte finanzielle Unterstützung der Studierenden (abseits von elitefixierten und viel zu schmalen Stipendienprogrammen) schafften es nie auf die Gesprächsagenda. Letztlich, so scheint es, war der studentische Protest vielmehr ein den Hochschulen willkommenes Druckmittel gegenüber der Politik, als eine basisdemokratische Meinungsäußerung, die erfolgreich Gehör im politischen Bewusstsein gefunden hätte.

Etwas erreichen können – aber nicht das, was man wollte.

Und so steht Hoffnung neben Ernüchterung: Die Feststellung, dass auch Kritik frei organisierter Gruppen einen öffentlichen Platz finden kann, neben der Erkenntnis, dass allzu Fundamentales leicht ausgeblendet wird und das Zeitfenster der öffentlichen Aufmerksamkeit klein ist. Das Erlebnis des Dialogs mit den EntscheidungsträgerInnen der Hochschulen neben dem faden Gefühl, von diesen vor allem instrumentalisiert worden zu sein. Und das Wissen um eine potenzielle Vernetzung mit gleichgesinnten Kritischen neben dem Erleben der Grabenkämpfe, der begrenzten Kondition der Mitprotestierenden und der nicht vorhandenen Geduld des „Studienziel-orientierten“ Teils der Studierendenschaft. Die ganze Kraft, die nötig war, um kleine Erfolge zu erringen – und die sich dabei doch in weiten Teilen gerade aus der großen, der humanistischen Idee gespeist hatte.

Es bleibt: auf den nächsten Funken zu warten. Oder zu kapitulieren. Damit wären wir nicht die erste Studierendengeneration.

Zum Autor:

Florian Naumann, 25, studiert im 9. FS Politikwissenschaft (Magister) an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen der Politischen Theorie und Philosophie sowie auf der Kritischen Theorie. Er ist außerdem Co-Autor des Blogs www.fallen-legen.de, für den er regelmäßig Beiträge verfasst.

ANZEIGE

Muslima in Sarrazinland



Die aktuellen Blätter mit Beiträgen von:

Lamya **Kaddor**
John J. **Mearsheimer**
Bärbel **Bohley**
Norman **Birnbaum**
Jan **van Aken**
Wolf-Dieter **Narr**
Frithjof **Schmidt**
Otto **Köhler u.v.a.**

**Mehr Informationen
auf www.blaetter.de**



**Neuaufgabe
Herbst 2010!**

Von **Prof. Dr. Dr. h. c.
Peter Atteslander**

Unter Mitarbeit von **Prof. Dr. Dr. Jürgen
Cromm, Dr. Busso Grabow, Dr. Harald
Klein, Prof. Dr. Andrea Maurer** und
Prof. Dr. Gabriele Siebert

13., neu bearbeitete und erweiterte
Auflage 2010, ca. 400 Seiten,
Euro (D) 19,95, ISBN 978 3 503 12618 7

Zum Bestellen hier klicken:
[www.ESV.info/978 3 503 12618 7](http://www.ESV.info/978_3_503_12618_7)

**Die 13. Auflage dieses Lehrbuchs
erscheint in der Edition ESVbasics.**

**Bestellungen bitte an den Buchhandel
oder direkt an:**

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G · D-10785 Berlin
www.ESV.info · ESV@ESVmedien.de
Fax: 030/25 00 85-275

Methoden der empirischen Sozialforschung

Der Lehrbuchklassiker

**Alle wichtigen Grundlagen in einem
verständlichen und anschaulichen Werk:**

- Entstehung sozialer Daten: Grundprobleme und Forschungsablauf
- Erhebung sozialer Daten: Beobachtung, Befragung, Experiment, Inhaltsanalyse
- Auswertung sozialer Daten: Skalierungsverfahren, mathematische und statistische Verfahren, Aufbereitung

Didaktisch aufbereitete Fragen am Ende der Kapitel erleichtern Ihnen die selbstständige Wissenskontrolle!

Jetzt in 13. Auflage mit zusätzlichen Orientierungshilfen für das Fachgebiet und einer aktuellen Darstellung der Diskussion qualitative vs. quantitative Forschungsmethoden. Auch für Fortgeschrittene eine wertvolle Informationsquelle!

ESV
basics

ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG